Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 80. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 4. April 1930. | 12. Jahrgang.

Nachsprechen will der Menschen großer Chor.
Darum: Wer etwas zu sagen hat im Leben,
Sag ihnen etwas Hohes, Großes vor,
Das sie herausreißt aus dem niedern Streben.

Presse und Weltkrieg.

Unser Schriftleiter, Herr Dr. H., hielt dieser Tage im Rheinland einen Vortrag über die dunklen Mächte der Presse und suchte an Hand eines geradezu erschütternden Materials die gewaltige Bedeutung einer aktionsfähigen christlichen Tagespresse nachzuweisen.

Dem Vortrag, der sich fast mit allen Teilgebieten der „schwarzen Kunst" (Interessenverflechtung, Inseratenschmutz, Gerichtsberichterstattung, Freidenkerpresse usw.) auseinandersetzte, sei nachstehender Abschnitt entnommen, der das Kapitel „Presse und Weltkrieg" behandelt und bei den Aufwärtslesern einem besonderen Interesse begegnen dürfte.

Herr Dr. H. führte u. a. aus:

„Auch der Ausbruch des Weltkrieges geht zu einem ganz erheblichen Teil auf das Schuldkonto der Presse, insbesondere der französischen Presse, wie die Oeffnung der russischen Archive augenfällig erwiesen hat. Schon Goethe hat zu Eckermann am 29. Februar 1824 geäußert: „In Frankreich ist alles durch Bestechung zu erreichen. Ja, die ganze französische Revolution ist durch Bestechung geleitet worden." — Wenn Goethe heute noch lebte, so hätte er diese seine Worte bis zu einem gewissen Grade getrosten Herzens auch auf den Ausbruch des Weltkrieges umwandeln können. Allein der eine Brief, den Iswolsky, der russische Botschafter in Paris, am 8. Juli 1913 an den russischen Außenminister Sasanow richtete, spricht Bände. Dieser Brief lautet:

„Nr 348. Strengstens geheim!

Werter Sergei Dimitrijewitch!

. . . Er (Poincaré) verhehlte mir durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, welche wir auf diesem Wege noch zu überwinden haben . . . Die größte Schwierigkeit sieht er von seiten der Radikalsozialisten voraus, die einem jeden Kriege, hauptsächlich aus Börsen- und Geschäftsgründen, ganz besonders aber einem Kriege, der seinen Ursprung am Balkan nimmt, abgeneigt sind. Diese Partei hat sehr fähige Köpfe, Caillaux, Herriot, Painlevé, verfügt über eine beträchtliche Anzahl Abgeordneter und Zeitungen. Von diesen letzteren haben einzelne keinen großen Leserkreis und doch einen sehr bedeutenden Einfluß . . . Herr Poincaré glaubt mit mir, daß für diesen Zweck ein sehr großes Opfer unserseits erforderlich ist. Ich wage kaum den Betrag zu nennen: 3 Millionen Franken! . . . Wenn wir aber erwägen, wie unbedeutend ein solcher Betrag gegenüber dem damit näherkommenden weltverändernden Ziele ist, so werden Sie es vielleicht unternehmen, diesen Vorschlag dem Ministerrat zur ungesäumten Bewilligung zu unterbreiten . . . Indem ich Ew. Exzellenz inständigst bitte, dem Herrn Ministerpräsidenten von dem Vorstehenden Kenntnis zu geben, benutze ich diese Gelegenheit, um Sie von neuem meiner verehrenden Hochachtung und meiner völligen Ergebenheit zu versichern.

gez. Iswolsky."

„Diese Abmachungen", schreibt ein weißer Rabe unter den französischen Journalisten, „reichen schon in den endlich entfesselten Weltkrieg hinein, an dem unsere Presse (!) durch ihre unvergleichliche Bestechlichkeit so tätigen Anteil genommen hat. Ja, sie sind sogar stolz auf ihre Tätigkeit, diese Herren Zeitungsschreiber!"

Aus dem sehr reichhaltigen Material sei dann noch folgender Brief herausgegriffen, den Iswolsky am 16. März 1909 nach Petersburg richtete:

„Die französische Regierung ist sich ihrer uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen voll bewußt und wird in demselben Augenblick, in dem die russische Nationalehre in Serbien gegen Oesterreich verpfändet ist, ihre Aufgabe erfüllen. Wie aber wird sich die Bevölkerung Frankreichs verhalten? Wird sie mit Genugtuung den Frieden durch Serbien kompromittiert sehen, und als dessen Folge den Krieg gegen Deutschland?"

Um aber die Bevölkerung Frankreichs für die Sache des Krieges zu gewinnen, schlägt Iswolsky das bekannte unfehlbare Rezept vor und schreibt:

„Es handelt sich darum, die Zeitungen, welche der kriegsfreudigen Politik Poincarés feindlich gesinnt sind, zu neutralisieren, indem wir ihr Stillschweigen erkaufen und den Krieg vorbereiten!"

Und in einem Briefe Iswolskys an den russischen Außenminister vom 10. Oktober 1912 heißt es:

„Vor einigen Monaten schrieb ich Ihnen ebenso wie Kokovtzev (russischer Finanzminister!) über die absolute Notwendigkeit, weitere Geldmittel zur Beeinflussung der französischen Presse bereitzustellen. Da ich persönlich sehr wenig Erfahrung in solchen Dingen habe, besprach ich mich mit Geheimrat Raffalovitch (russischer Finanzmann in Paris!), der seit Jahren damit vertraut ist, und der folgenden Aktionsplan vorschlägt: Sofort für diesen Zweck 300 000 Fr. bereitzustellen und mit deren Verteilung denselben Lenoir zu betrauen, der die früheren Verteilungen geleitet hat. Es ist von Wichtigkeit, nichts zu unternehmen, ohne Poincaré zu befragen. Die französischen Staatsmänner haben in solchen Dingen eine unglaubliche Erfahrung und Gewandtheit. gez. Iswolski."

Kein Wunder, daß der französische Geschichtsforscher Renauld bereits im Jahre 1921 gegen Herrn Poincaré die schwersten Anklagen erhob und daß der Abgeordnete Baillant Couturier in der französischen Kammersitzung vom 6. Oktober 1922 unter Berufung auf Renauld Herrn Poincaré die furchtbaren Worte entgegenschleuderte:

„Herr Poincaré! Ihnen und ihrer Politik ist es zu danken, daß aus französischem Boden in einer Ausdehnung von 600 Kilometern ein einziger Friedhof geworden ist! Sie können den Ruhm in Anspruch nehmen, der erste Totengräber Europas zu sein!"

Klägliche Rechtfertigungsversuche Poincarés tat das frühere Mitglied des obersten Gerichtshofes des Staates Washington, Frederic Bausman, in den „Foreign Affairs" vom 8. Dezember 1924 mit den Worten ab:

„Lang und hart ist der Kampf gegen eine Flut von Lügen gewesen. Aber jetzt wird sich die Wahrheit durchsetzen, und die Geister der Kriegsopfer werden Raymond Poincaré auf seinem Nachtlager verfolgen!"

Es wirft ein etwas eigenartiges Licht auf Frankreich, daß sich die „unersättliche französische Presse" ihr Eintreten für Rußland mit immer höheren Schmiergeldbeträgen bezahlen ließ, obwohl sie mit diesem Eintreten für den russischen Imperialismus doch den Interessen des eigenen Landes, also Frankreichs, den allergrößten Dienst erwies. Ja, selbst führende französische Staatsmänner, wie Poincaré und der damalige französische Finanzminister Klotz, scheuten sich nicht, die ihnen von Rußland zur Bestechung der französischen Presse überwiesenen Gelder zum guten Teil für rein französische Interessen zu verwenden. So schreibt z. B. Kokovtzew, der russische Finanzminister, in einem Brief vom 4. Juni 1913 an Sasanow:

„Der französische Innenminister Klotz wünscht 10 000 Fr. auf das Konto der von uns für Presseausgaben angewiesenen Summen zu erhalten. Klotz besteht darauf, daß jetzt eine so große Ausgabe für die Presse gemacht werde, da eine neue Pressefehde gegen die neue Militärvorlage im Bereich der Möglichkeit liege, ebenso im Zusammenhang mit der schwierigen Gesamtlage des französischen Kabinetts."

Auch in diesem Falle willigte Rußland ein. Klotz erhielt nicht nur 10 000, sondern 30 000 Fr. Damit war der Zweck dieses neuen Erpressungsmanövers in vollem Maße erfüllt. Die französische Presse stützte das Kabinett. Die neue französische Militärvorlage gelangte zur Annahme und zwar in derselben entscheidungsreichsten Vorkriegszeit, als tragischerweise der deutsche Reichstag die von Ludendorff für einen etwaigen Zweifrontenkrieg notwendig befundene Heeresverstärkung ablehnte. Uebrigens war die von Klotz verlangte Summe durchaus keine „so große Ausgabe"; denn die Summen, die Rußland vor dem Kriege zu Bestechungszwecken an französische Zeitungen, Schriftsteller und Politiker bezahlt hat, geht hoch in die Millionen.

„Die scheußliche Käuflichkeit unserer Presse und die Frage der Kriegsschuld", schreibt der vorhin erwähnte französische Chefredakteur, „werden auf ewig miteinander so eng verknüpft bleiben, daß es fast unmöglich erscheint, beide Schuldkonti voneinander zu trennen... Wenn die französische Presse auch gleichsam nur Werkzeug in der Hand kriegslüsterner Politiker wurde — es stand ihr frei, den besseren Weg, den Weg der Vernunft zu wählen. Sie hat den schlechten Weg, der mit Rubelstücken gepflastert war, beschritten, und muß daher auch einen Teil der Riesenverantwortung an diesem sechsjährigen Menschenmorden, das sie vorbereiten half und unterstützte, tragen!"

Offen bleibt nun allerdings noch die Frage, inwieweit auch die Pressen der übrigen Länder an der Schürung des Weltkrieges beteiligt waren. Ein näheres Eingehen auch noch auf diese Frage würde in diesem Zusammenhang zu weit führen. Ich beschränke mich daher auf eine kurze, stichwortmäßige Kennzeichnung, wie sie der bekannte amerikanische Kriegsschuldforscher Professor S. B. Fay vor vierzehn Tagen in einem Vortrag („Ueber den Einfluß der Presse auf die Entstehung des Weltkrieges") in Berling gegeben hat:

„Die französische Presse durchaus bestechlich. Die russische ganz panslawistisch. Die englische unbestechlich und mit starkem Einfluß auf die britische Regierung, aber in ihrem Hauptorgan — der „Times" — leider dem gefährlichen Einfluß von Lord Northcliff unterworfen. Die deutsche Presse aber durchaus friedlich. Sie verdient in dieser Hinsicht mehr Lob noch als England."

Es erfüllt uns ebenfalls mit Stolz, aber es ist für uns ein schlechter Trost, wenn uns der als Deutschenhasser bekannte Professor Sarolea von der Universität Edinburgh in seinem Buche über „Die englisch-deutsche Frage" das Zeugnis ausstellt: „Wenn man die Geschichte des Krieges genauer studiert, wird man sich immer mehr darüber klar, daß in Deutschland unendlich weniger zusammengelogen wurde als bei uns, und besonders, daß man dort in der Bekämpfung der Lüge vielmehr Freiheit als bei uns gewährte."

Aber bei Lord Northcliff, dem „siegreichsten General der Entente", der übrigens deutscher Abstammung war — sein Großvater hieß Stern und wohnte in Frankfurt am Main —, war die dämonische Macht der Lüge zu einem der furchtbarsten Kampfmittel geworden, mit denen man das deutsche Volk nach vierjährigem Menschenmorden schließlich zu Boden streckte. „Im Verlauf des Krieges wurde die Lüge zu einer vaterländischen Tugend," gesteht ein offenherziger Franzose ein, es wäre müßig, den Erfolg der Lüge, die sich der Presse als des geeignetesten Mittels zu schneller und ausgedehnter Verbreitung bediente, zu bestreiten!"

*

Schon dieser kurze Ausschnitt aus dem Vortrage, der eine erschütternde Bilanz über das moderne Pressewesen ergab, beweist, wie bitter notwendig die Durchsetzung der Presse mit den klaren und heiligen Grundsätzen der christlichen Weltanschauung ist, und vor welchen gewaltigen, schier unüberwindlichen Aufgaben die Presse steht, die sich bewußt unter das Zeichen des schwarzen Kreuzes gestellt hat. Es sei deshalb auch an dieser Stelle der Appell wiederholt, daß jeder nach seiner Kraft und an seinem Platze sein Möglichstes tut, um die christliche Presse — und damit auch den „Aufwärts", der ja die einzige vollständig unabhängige christliche Tageszeitung Deutschlands ist — in ihrem schweren Kampfe zu stützen und zu stärken!

Hindenburg.

Die Haltung unseres hochverehrten und geliebten Reichspräsidenten, des Feldmarschalls von Hindenburg, in der Angelegenheit des Young- und Haager Abkommens wird von sehr vielen treuen Vaterlandsfreunden nicht verstanden. Sie erwarteten von ihm die Absage dieser Demütigung, die ein zweites Versailler Diktat bedeutet und wenden sich jetzt in Verbitterung und Enttäuschung von ihm ab.

Aber ich glaube, alle diese verkennen unsere Lage und die des Reichspräsidenten. So sehr die Empörung gegen das Haager Diktat gerechtfertigt ist, und so sehr der Aufruf dagegen zu begrüßen war, so steht doch fest, daß nur der kleinere Teil unseres Volkes von solchem Empfinden ergriffen ist, und daß der bei weitem größere Teil gesonnen ist, sich unter das Diktat zu beugen.

Man stelle sich nun vor, der Reichspräsident verwarf das Haager Abkommen und damit die Haltung der Reichsregierung, deren Beauftragte es unterzeichneten. Der Reichspräsident ruft nun das Volk auf gegen die Reichsregierung. Der Wahlkampf beginnt; wie wird er enden? Nehmen wir den günstigsten Fall an, den einer schwachen Mehrheit für den Reichspräsidenten. Die neue Regierung muß sich nun sogleich mit den Feindstaaten auseinandersetzen. Diese stehen ihr geschlossen gegenüber; denn so groß ihre Gegensätze sind, so einig sind sie in dem Verlangen fernerer Zahlungen von Deutschland. Aber nehmen wir auch den Fall an, es gelingt, einen Keil zwischen sie zu treiben und einen oder mehrere Staaten zu gewinnen, die unseren Widerstand billigen.

Werden sie ihn auch unterstützen gegen unseren Hauptwidersacher, Frankreich und seine Verbündeten, Polen und die Tschechoslowakei? Wohl schwerlich in genügendem Maße.

Auf einen bewaffneten Widerstand gegen Frankreich können wir es nicht ankommen lassen, also werden wir uns seinen Forderungen fügen müssen. Daß sie bescheidener werden als jetzt, kann man wohl kaum voraussetzen. Aber selbst diese Möglichkeit angenommen und eine Befürchtung Frankreichs vor dem Alleräußersten, welche Fährnisse und Aufregungen sind mit alledem verbunden! Diese soll nun der 82-jährige Reichspräsident auf sich nehmen! Er und wir alle mit ihm müssen uns sagen, daß er dies nicht kann. Aber nicht nur er kann dies nicht, sondern auch nicht unser zerrissenes Volk. Es hat sich geistig noch nicht von den furchtbaren Anstrengungen des Weltkrieges erholt und ist auch zu sehr gebannt von dem Eindruck der furchtbaren Folgen. Der

heldische Geist hat sich noch nicht wieder zu der Größe erhoben, die zu großen Unternehmungen da sein muß.

Heißt das nun, daß diese Hoffnung auf immer vorbei ist? — Nein! Ehre den tapferen Vorkämpfern für die Hebung des Heldengeistes. Ihre Aufgabe geht weiter, bis die Stunde da sein wird, ihn zur großen Tat aufzurufen. Jetzt muß der Kampf unverzagt weiter gehen. Die Fesseln des Youngplanes sind wohl schwer, aber sie sind etwas äußerliches. Sie können zerbrochen werden und werden es, sobald die erforderliche geistige Kraft das Volk wird stark genug durchdrungen haben. Erst muß die Knechtschaft des Mammonsgeistes erschüttert sein, der Materialismus und seine Handlanger, Ichsucht, Raffgier, Neid, Entsittlichung, Trunksucht, Verweichlichung. Die Not der Zeit ist uns von Gott dem Herrn geschickt, daß sie uns aufrufe zu solchem Besserungskampf.

Und nun müssen wir uns vorstellen, daß das alles die Seele des Reichspräsidenten bewegt, daß er nach seiner Art die Kräfte abwog, die Aussichten für und wider sorgfältig maß und daß er zu dem Urteil kam: noch geht es nicht. Wie muß es ihn nun verwunden, wenn er rohe und taktlose Vorwürfe vernimmt, ihn, der bis zum Aeußersten seine Pflicht tut in einer Aufopferung und Hingabe ohnegleichen. Dieses Bewußtsein und sein Gottvertrauen wird ihn auch jetzt über die bittere Zeit der Verkennung hinausführen, ohne daß seine Liebe zu unserem armen Volke abnimmt. „L. v. Estorff.

Gegen die Alkoholnot!

Aus dem amtlichen Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 27. März 1930.

D. Mumm (Christlichnationale Arbeitsgemeinschaft), Abgeordneter:

Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Stunde scheint mir weniger dahin zu gehen, daß geredet als daß gehandelt wird. Besonders im Blick auf die politische Gesamtkrise, in oder vor der wir stehen, liegt mir daran, daß dieses Gesetz in einer brauchbaren Form so bald als möglich verabschiedet wird. Darum möchte ich auch zu meinem Teil mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Der Kampf gegen den Alkoholismus gehört zu den ernstesten Aufgaben eines sittlichen Volkslebens. Wir sind im Blick auf die gesamte deutsche Geschichte dazu verpflichtet, diese sittlichen Erwägungen über etwaige wirtschaftliche zu stellen. Wir müssen uns freilich darüber klar sein, daß bei jedem sozial-ethischen Kampf es sich nur um ein schrittweises Vorangehen handeln kann. Darum werde ich, wenn dieses Gesetz, das im Ausschuß mit allen gegen drei kommunistische Stimmen angenommen worden ist, ohne weitere Abschwächung im Reichstag angenommen werden wird, trotz der Schwächen, die ich bei diesem Gesetz klar erkenne, mit in der Gesamtabstimmung für dieses Gesetz erklären.

Ich halte aber ein Vorwärtsgehen auf diesem Gebiete — lassen Sie mich das auch einmal sagen — auch im Blick auf die gesamte internationale Lage für erforderlich. Wenn die Getränkesteuern im Ausland, zum Beispiel in England, ein Mehrfaches der unseren ausmachen, wenn die Ausgaben für Alkohol bei uns in den letzten Jahren nicht etwa gesunken sind, sondern steigen — der Bericht bringt viel Einzelmaterial darüber, das ich ernstester Beachtung empfehlen möchte —, dann sind wir auch im Blick auf die internationale Lage, auf etwaige Revisionsmöglichkeiten des Youngplans verpflichtet, hier mit allem Ernst vorzugehen.

Wer weiß, wie manches Jahr es gedauert hat, bis die Vorlage entscheidungsreif wurde, wird das Bedürfnis empfinden, nicht durch irgendwie übersteigerte Worte das Ganze zu gefährden — wir wissen ja, wie sehr gerade diese Frage nicht Sache der Partei, sondern der Persönlichkeit ist —.

Man wird aber doch eins anführen dürfen: Wenn von seiten eines preußischen sozialdemokratischen Innenministers beim Amtsantritt die Berliner Polizeistunde auf 3 Uhr nachts gesetzt und in den letzten Faschingstagen die Polizeistunde bis auf 5 Uhr morgens ausgedehnt worden ist, obwohl fünf Sechstel der Berliner Wirte vor 3 Uhr Schluß machen, wenn die Mehrheit der Polizeipräsidenten, nur auf polizeitechnische Momente sich stützend, am liebsten jede Polizeistunde überhaupt beseitigen würde, dann rufe ich im Gegensatz dazu das Bild der ungezählten verhärmten Frauen in Ihr Gedächtnis und vor Ihre Augen, an die man auch denken darf, wenn man von solchen Dingen redet. Die gesamte Arbeiterbewegung, nicht zuletzt die christlich-nationale, fordert eine frühe Polizeistunde!

Meine Damen und Herren! Wir stehen jetzt formal nicht in einer allgemeinen Aussprache. Bei dem § 1 handelt es sich besonders um die Frage der Relation. Wir haben für ein solches — durchaus nicht mechanisches — System der Relation in der ersten Lesung im Ausschuß eine Mehrheit gehabt. Bei der zweiten Lesung hat dann das Zentrum dagegen gestimmt, haben die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten, und so ist es in der Minderheit geblieben. Meine Bitte, mein Antrag unter der Nr. 1869, geht dahin, diesen Gedanken der Relation wiederum in der Weise aufzunehmen, wie er vom Ausschuß beschlossen worden war, wie er von dem Ausschuß des vorigen Reichstags gleichfalls und mit großer Mehrheit beschlossen worden war.

Schließlich darf ich noch etwas allgemeines sagen. Ich sehe sowohl in unserem gesamten Reichstagsbetrieb als auch in unserem ganzen öffentlichen Leben eine Gefahr, nämlich die Gefahr, daß man überall Eigengesetzlichkeiten, sei es des ästhetischen Lebens, sei es wie in unserem Falle des Wirtschaftslebens, behauptet. Wir haben weitgehendst die Einstellung, daß man für sein Gebiet schlechthin Eigengesetzlichkeit beansprucht. Manchmal beansprucht diese Eigengesetzlichkeit die Schankindustrie, manchmal, bei § 31 kommen wir noch darauf, die Reklameindustrie. Das ist eine Unmöglichkeit. Wir dürfen nicht die Eigengesetzlichkeit der einzelnen Lebensgebiete betonen, sondern wir müssen zu einer Einheitlichkeit des Lebens kommen. So sehr ich die Bedeutung und das Gewicht wirtschaftlicher Erwägungen anerkenne, so sehr stelle ich doch darüber die allgemeinen sozialen und ethischen Erwägungen.

Darum komme ich aus christlich-sozialem Empfinden zu der Ueberzeugung, das wir zum mindesten das, was im Ausschuß erarbeitet worden ist, ohne jede Abschwächung annehmen sollten. Dabei bitte ich darum, die Anträge, die aus den Ausschußberatungen hervorgewachsen sind und die Sie unter Nr. 1869 der Drucksachen finden, anzunehmen.

Dann eine letzte Bitte! Es handelt sich nicht nur um die Paragraphen des Gesetzes, es handelt sich auch um die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Behörden.

Ich möchte wünschen, daß die Landesbehörden und die Reichsbehörden, soweit sie es vermögen, an ihrem Teile mit allem sittlichen Ernst dahin wirken, einen Fortschritt für unser christliches und sittliches Volksleben zu erzielen.

Kleine Nachlese zur Generalsynode.

Wie nicht anders zu erwarten, hat sich die Generalsynode auch zur Frage des Kirchenvertrages geäußert. Die Erklärung, die durch den Mund des bekannten Kirchenrechtlers Professor D. Stutz abgegeben wurde, enthält eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber den Vertragsverhandlungen, was um so schwerer wiegt, als Professor D. Stutz als besonders vertragsfreundlich gilt. Stutz führte etwa folgendes aus: 1. Die evangelische Kirche sei nicht unbedingt auf das Zustandekommen des Vertrages angewiesen. 2. Die finanzielle Frage habe nicht einseitig im Vordergrund zu stehen. 3. Der Kirchensenat habe zu erwägen „ob die Vorteile des Vertrages seine Nachteile überwiegen, kurz, ob der Vertrag gerechtfertigt ist, oder ob man auf andere Weise weiter gegen die Fessel, in die die Staatsgesetze von 1924 die evangelische Kirche geschlagen haben, angehen müsse".

Wir können diese Erklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, nur begrüßen. Denn falls sie mehr ist als eine geschickte Geste gegenüber dem Staat, darf sie als Ausfluß einer besonnenen und kühleren Haltung gewertet werden, die nicht zuletzt unter dem Eindruck der Opposition zustande gekommen ist, die sich im Lande gegen die politische Klausel des Kirchenvertrages erhoben hat. Die Gefahren des Vertrages sind damit natürlich keineswegs gebannt. Es gilt auch fernerhin, aufmerksam die Entwicklung der Verhandlungen zu verfolgen und das an dieser Stelle aufgezeigte Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren: Die Revision der Staatsgesetze von 1924 und die unbedingte Aufrechterhaltung der kirchlichen Autonomie. Sollte trotz allem der Kirchenvertrag unter Hintansetzung dieser Forderungen abgeschlossen werden, dann liegt die endgültige Verantwortung bei den politischen Rechtsparteien des preußischen Landtages.

Dr. Venter.

Neuwahlen?

— Berlin, 3. April.

Wieder sind die Blicke auf den Reichstag gerichtet, in dem am heutigen Donnerstag die Entscheidung über die Frage fällt: Durchführung des Regierungsprogramms oder Neuwahlen? Wie sich der Reichstag schließlich entscheiden wird, dürfte bis zur letzten Minute ungewiß bleiben.

Die neue Reichsregierung ist den Zufällen der Abstimmung ausgesetzt, sie hat keine sichere Mehrheit, stehen doch von den 491 Abgeordneten des Deutschen Reichstags 282 im Kampf gegen das Kabinett. Und doch hat die Regierung Brüning eine starke Stellung. Ihre Waffe ist die Ermächtigung zur Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung und die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages! Unter diesen Umständen heißt dem Kabinett Brüning das Mißtrauen aussprechen die Auflösung des Reichstags erzwingen.

Selbstverständlich hat Reichskanzler Brüning ein erhebliches Interesse daran, um die erste Klippe — die Abstimmung über die Mißtrauensanträge — ohne die Anwendung des letzten Mittels herum zu kommen. Denn wenn der Reichstag schon jetzt aufgelöst wird, ohne daß es um sachliche Entscheidungen ging, dann fehlt der Regierung, vorausgesetzt, daß sie auch nach den Wahlen am Ruder bleibt, im entscheidenden Augenblick das Druckmittel für die Durchsetzung ihres Programms.

Im Vordergrund des von der neuen Reichsregierung aufgestellten Arbeitsprogramms steht die Innenpolitik. Das ist eine notwendige Folge der letzten Entwicklung. Nachdem Jahre hindurch außenpolitische Fragen für Deutschland im Mittelpunkt des

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Ein Oster-Leuchtbild fürs Fenster" von Professor D. Rudolf Schäfer. Nach einem Altargemälde in der Hospitalkirche, Stuttgart. Gustav Schloeßmanns Verlagsbuchhandlung (Gustav Fick), Leipzig. Der Preis des Leuchtbildes, Format 18½×25, beträgt 1 M., 10 Stück kosten je 97 Pf.; 25 Stück je 95 Pf.; 50 Stück je 93 Pf.; 100 Stück je 90 Pf.

Die Verlagsbuchhandlung legt hier in schönster Farbenausführung als feines kleines Transparent, eine Wiedergabe des Gemäldes von Prof. D. Rudolf Schäfer vor, das derselbe für den Altar der Hospitalkirche in Stuttgart angefertigt hat. Das Leuchtbild erinnert in seiner Dreiteilung an einen Altarschrein, dessen Seitenteile aufklappbar sind. Man kann das Leuchtbild am Tage ans Fenster hängen und die Ostersonne einfangen oder abends vor die Lampe stellen — es wird jedem Beschenkten zum Osterfest eine Osterfreude damit bereitet.

Handbuch für evangelische Frauen. Ein sachliches Nachschlagewerk für Frauenarbeit! 336 Seiten; geschmackvoll gebunden 5,50 Mk. Vereinigung Evangelischer Frauenverbände Deutschlands, Berlin-Dahlem, Zietenstraße 24.

Es soll evangelische Frauen über alles unterrichten, was sie von evangelischer Frauenarbeit und darüber hinaus von evangelischer Arbeit überhaupt wissen müssen. Es ist für jede evangelische Frau unentbehrlich; sei es, daß sie im öffentlichen Leben steht, sei es, daß sie auf irgendeinem der weiten Arbeitsfelder in Kirche oder Innerer Mission in der Stille wirkt.

Es will Handreichung leisten für die evangelische Erziehungsarbeit, indem es Angaben über evangelische Erziehungsanstalten und Ausbildungsstätten bringt. Es will auch weiteren Kreisen durch seine Angaben Einblick in die evangelische Arbeit verschaffen. Es bringt in seinem Anhang wichtige Angaben über sonstige Frauenarbeit, über andere Frauenorganisationen, Frauen in den Parlamenten und anderes mehr.

„Das Mitauer Diakonissenhaus im Leben, Martyrium und Aufbau." 20 Seiten mit vielen Bildern. 35 Pf.

„Paul Wachsmuth, ein Hochwegwanderer aus der Schar baltischer Märtyrer." 24 Seiten, 30 Pf.

Vertrieb für Deutschland: Wollermann und Bodenstab, Braunschweig, Bohlweg 13.

Die erste Schrift führt in die vielbewegte Geschichte des Hauses ein bis zu dem dunklen Erleben in der Bolschewistenzeit, in der Rektor und Oberin die ersten Märtyrer der Diakonie wurden, und die Schwestern, ihrer Führer und der Arbeitsmöglichkeiten beraubt, gastliche Aufnahme in Neuendettelsau fanden. Im Schlußabschnitt wird gezeigt, wie trotz Zerstörung es zum Neubau gekommen ist und das Blut der Märtyrer sich auch hier als lebenskräftiger Same der Kirche erwiesen hat.

Die zweite Schrift bringt ein kleines Lebensbild des von den Bolschewisten ermordeten Rektors, Paul Wachsmuth, über dessen Leben und Wirken das Wort stehen konnte: „Ich hoffe aber doch!"

Hugo Flemming: **Gottesvolk oder Satansvolk?** Verlag Friedrich Bahn, Schwerin, Mecklb., 1929. (68 Seiten) geheftet Mk. 2,—

Der Verfasser beantwortet seine im Buchtitel ausgesprochene Frage dahin: „Weder Gottes Volk noch Satans Volk, sondern Gottes Volk nur, insoweit es seine göttliche Bestimmung verstanden hat, und Satans Volk nur insoweit, als diese göttliche Bestimmung bewußt oder unbewußt ablehnt." Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus wird sachlich geführt. Das Buch stellt für den christlichen Leser einen wertvollen Dienst dar. J.

Fiebig, D. Paul: **Der Talmud,** seine Entstehung, sein Wesen, sein Inhalt.

Eduard Pfeiffer Verlag, Leipzig S 3. 1929. Preis broschiert Mk. 5,50, 140 Seiten.

Die verwirrenden, niederziehenden Urteile, die über den jüdischen Talmud ausgesprochen werden, rechtfertigen das Erscheinen dieses Buches, das uns den erwünschten Einblick gibt in die Entstehung, das Wesen und den Inhalt des Talmud, des Religionsbuches der Juden. Dem Verfasser darf man Dank wissen, daß er sich der Mühe unterzogen hat, durch gediegene, sachliche Gedankenführung gewollter Entstellung der Tendenz des Talmud entgegenzutreten. Das Buch sei daher jedem gebildeten Leser empfohlen. J.

Chajim Bloch: **Priester der Liebe.** Die Welt der Chassidim.

Amalthea-Verlag Zürich — Leipzig — Wien. Zirka 250 Seiten geheftet Mk. 6,—, Leinen Mk. 8,50.

Wer einen Blick in die Seele des Ost-Judentums werfen will, findet in diesem Buch einen wertvollen Führer. Wir lernen die „Chassidim", die Frommen unter den Ost-Juden, kennen, die, im Gegensatz zu dem kasuistisch erstarrten, gesetzlichen Talmud-Judentum, die mystisch-religiöse Seite des Judentums vertreten. Das Buch bietet nach kurzer Einführung etwa 300 Geschichten der Wunderrabbis, der geistigen Führer der Bewegung. Darum stellt auch das Werk eine Fundgrube für den religionsgeschichtlich und kulturhistorisch interessierten Leser dar. Die neue Zeit hat auch diese Welt der Chassidim zu einer sterbenden gemacht. J.

Johann Flierl: **„Gottes Wort in den Urwäldern von Neuguinea."** Verlag des Missionshauses Neuendettelsau 1929.

Der Altmeister der Neuendettelsauer Mission gibt uns in diesem Buch ein Bild seiner Lebensarbeit. Er führt in ihm seine Aufzeichnungen vom Jahre 1910 weiter. Reiche Bildgaben erhöhen den Wert des Buches. Man wird das Buch bewegten Herzens aus der Hand legen. Man sieht die Fußspuren des lebendigen Gottes. J.

G. A. Gollock: **Söhne Afrikas,** Charakterbilder. Heimatdienst-Verlag, Berlin NO 43. 156 Seiten. 1930.

Wer noch zweifeln sollte, daß auch für Afrika eine neue Epoche der Geistesgeschichte begonnen hat, der lese dieses Buch. Es zeigt uns, welche Fähigkeiten von alters her im afrikanischen Menschen liegen, so daß es unrichtig ist, ihn von oben herab anzusehen. Es berichtet ferner von der erstaunlichen Auffassungsgabe des Negers, vermöge deren er imstande ist, urafrikanisches Kulturgut mit modernem Geisteswesen in rechter Weise zu vermählen. Diese Söhne Afrikas sind das Angeld eines neuen afrikanischen Morgenrotes. J.

„Die Passion Christi in der Predigt des deutschen Protestantismus von Luther bis Zinzendorf", von Pfarrer

Denkens und Handelns standen, geht es jetzt um innenpolitische Entscheidungen. Die Reparationsfrage ist fürs erste „gelöst", nicht gut zwar und auch nicht auf die Dauer, aber für die internationale Politik gibt es gegenwärtig keine Reparationsfrage. Offene Fragen aber gibt es für die deutsche Agrar-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie bestehen darin, daß durch innere Reformen die gesamte deutsche Wirtschaft von dem schweren Steuerdruck befreit und es ihr ermöglicht werden muß, durch die Steigerung des Ertrags und die Ansammlung von Kapital sich vom Auslande wieder unabhängig zu machen.

Wie die Regierung dieses Ziel erreichen will, darüber gab die Kanzler-Erklärung — wohl die kürzeste, die jemals im Reichstag verlesen worden ist — einigen Aufschluß: Sparmaßnahmen, Uebernahme des Etatsentwurfs der alten Regierung samt den Deckungsvorlagen, Ausarbeitung eines umfassenden und durchgreifenden Hilfsprogramms für die Landwirtschaft und den deutschen Osten. Im wesentlichen handelte es sich hierbei aber mehr um Stichworte, als um Details. Inzwischen wurde das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft durch Mitteilungen von einer dem Ernährungsminister Schiele nahestehenden Seite ergänzt. In den übrigen Fragen werden erst die von dem Reichskanzler Brüning angekündigten Sondervorlagen Klarheit bringen.

Wird der Reichstag dem Kabinett Brüning eine Chance zur Arbeit geben? Zur Stunde ist noch alles ungewiß; die Spannung im Reichstag ist auf das höchste gestiegen, ist doch die heutige Plenarsitzung eine der wenigen, in der noch um die Entscheidungen werden muß, weil nach den Fraktionssitzungen noch verschiedene Möglichkeiten offen waren. Entscheidend ist vor allem die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei. Stimmt die aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Opposition geschlossen, dann ist das Schicksal der Regierung — und damit freilich auch das des Reichstags — besiegelt. Zersplittert die Opposition, dann hat das Kabinett Brüning bis zur Entscheidung über die umstrittenen Vorlagen Arbeitsmöglichkeit.

Gegen die Regierung Brüning eingestellt ist die deutschnationale Fraktion einmal wegen der Zusammensetzung des Kabinetts, zum andern gibt es auch sachliche Differenzen von großer Tragweite und schließlich scheint man in deutschnationalen Kreisen ohne einen Kurswechsel in Preußen erfolgreiche Arbeit im Reiche als unmöglich zu erachten. Der Widerstand der Sozialdemokratie erklärt sich daraus, daß das Kabinett Brüning den von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnten Vermittlungsvorschlag in der Frage der Arbeitslosenversicherung übernommen hat.

Wie die Entscheidung nun auch ausfallen mag, von Bedeutung ist sie nicht nur für das Reichskabinett und den Reichstag, vielmehr kommt der bevorstehenden Entscheidung im Reichstag auch erhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung des deutschen Parteiwesens zu.

Schiele an Hugenberg.

„Zielbewußte Agrar- und Ostpolitik der erste Schritt zur nationalen Freiheit und zum sozialen Ausgleich."

— Berlin, 3. April.

Der Reichslandbund veröffentlicht den Brief seines Präsidenten an den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, in dem Reichsminister Schiele seinen Eintritt in das Kabinett Brüning begründet. Einleitend verweist Schiele auf die bedrohliche Lage der Landwirtschaft und den Wunsch Hindenburgs auf Uebertragung der Durchführung der Agrar- und Osthilfsaktion auf Schiele.

„Ich sehe mich hierzu um so mehr in der Lage — so fährt Schiele dann fort — als ich nach den Verhandlungen, die der Regierungsbildung vorausgingen, die Möglichkeit für gegeben erachten muß, mit Sicherheit Maßnahmen durchführen zu können, die geeignet sind, den Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten und eine grundsätzliche Wendung in der Agrarpolitik anzubahnen.

Um diese Aufgaben bei den gegebenen politischen Verhältnissen erfüllen zu können, bedarf ich der Handlungsfreiheit.

Aus diesem Grunde und auch um der Partei und ihrer Reichstagsfraktion die in der Fraktionsgemeinschaft liegenden Bindungen abzunehmen, habe ich mich veranlaßt gesehen, mein Mandat aufzugeben und demzufolge auch mein Amt im Parteivorstand niederzulegen. Ich habe mich zu diesem Schritt nach über 16jähriger Zugehörigkeit zur alten konservativen und seit ihrem Bestehen zur deutschnationalen Reichstagsfraktion nach ernsten Erwägungen entschlossen. Meinen politischen Freunden werde ich innerlich immer verbunden bleiben.

In der festen Ueberzeugung, daß der erste Schritt zur nationalen Freiheit und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes sowie zur sozialen Einigung unseres Volkes eine zielbewußte Agrar- und Ostpolitik ist, habe ich das mir angetragene Amt angenommen.

Ich bin mir bewußt, daß hierüber Unterschiede in den Auffassungen zwischen Ihnen und mir bestehen.

Dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren übersandte Reichsminister Schiele ein zweites Schreiben, in dem es u. a. heißt: „In dem Ziele, in unserem Volke den Willen und die Kraft zur nationalen Befreiung lebendig zu halten, weiß ich mich mit meinen politischen Freunden eins. Zu den unerläßlichen praktischen Voraussetzungen für die Erreichung dieses Zieles gehört aber, daß kein Mittel unangewendet bleibt, das auch unter den heutigen Verhältnissen geeignet ist, den landwirtschaftlichen Berufsstand wieder lebenskräftig zu machen und so dem Landvolke überhaupt erst die Möglichkeit zu geben und es geneigt zu machen, fern von verzweifelndem Radikalismus und berufsständischer Isolierung sich wirksam in den Dienst nationaler Befreiungspolitik zu stellen."

Das neue Agrar-Programm.

Sicherung der Mindestpreise. — Stützung des Getreidebaus und der Viehzucht. — Erweiterung der Osthilfsaktion.

— Berlin, 3. April.

Wie verlautet, sind in dem Agrar-Programm des neuen Reichsernährungsministers Schiele folgende Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft vorgesehen:

Ermächtigung des Reichsernährungsministers zur Festsetzung der Getreidezölle im Verordnungswege in der Höhe, die erforderlich ist, um den bereits im Zollgesetz der alten Regierung vom Dezember 1929 enthaltenen Jahresdurchschnittspreisen von 230 und 260 Mark je Tonne Roggen und Weizen gerecht zu werden. Neu dürfte die Ermächtigung sein, auch den Wert der Einfuhrscheine nach den Erfordernissen der jeweiligen Marktlage durch Verordnung festzusetzen mit dem praktischen Ziele der Sicherung der Richtpreise.

Von besonderer Bedeutung ist die bereits ebenfalls gesicherte Verwendung der beim Maismonopol anfallenden Mittel und eventuell noch gewisser anderer Zollanfälle zur Marktstützung, Marktbereinigung und Absatzförderung. Sie werden nicht nur auf Getreide beschränkt bleiben, sondern sollen grundsätzlich für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse Verwendung finden. Insbesondere dürfte dies für Kartoffeln und Kartoffelfabrikate in Frage kommen, da die Not des Kartoffelbaues bei den vorhandenen Zollverbindungen nur durch marktpolitische Maßnahmen zu beheben ist.

Bei der Neugestaltung der Zölle für Schweine und Schweinefleisch ist an eine Regelung entsprechend den Getreidezöllen gedacht und zwar in dem Sinne, daß ein Richtpreis von 75 Mark je Zentner Lebendgewicht für Schweine der Klasse C gesichert ist.

In der Ermächtigung sind ferner ein variables Einfuhrscheinsystem für Schweine und Schweinefleisch und die Verwendung gewisser Zollanfälle zur Vereinigung des inneren Marktes vorgesehen. Zur Hebung der besonders notleidenden Rinderwirtschaft ist die Drosselung überflüssiger Einfuhren beabsichtigt. Der Paragraph 12 des Fleischbeschaugesetzes soll zum Schutze der deutschen Viehwirtschaft wieder hergestellt werden. Auch für die Milchwirtschaft sind Maßnahmen besonderer Art auf handelspolitischem und innerwirtschaftlichem Gebiet geplant bzw. schon eingeleitet.

Die Hilfsaktion für den Osten.

Zug um Zug mit dem allgemeinen Landwirtschaftsprogramm soll die Osthilfe eingeleitet und durchgeführt werden. Im einzelnen sieht das Ostprogramm den Erlaß eines Gesetzes über ein Vergleichsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben vor, das im Falle von Zahlungsstockungen vor Maßnahmen der Zwangsvollstreckung ein außergerichtliches Vergleichsverfahren vorschreibt, nötigenfalls in Verbindung mit einem gewissen Moratorium. Es sind weiter Maßnahmen zur Steuer- und Zinssenkung sowie der damit verbundenen Umschuldung vorgesehen.

Die Besitzbefestigungsmaßnahmen sollen von den provinziellen und berufsständischen Selbstverwaltungskörperschaften gemeinsam mit den bereits durch das Schielesche Notprogramm geschaffenen Kreditausschüssen durchgeführt werden. Bei den kreditpolitischen Besitzerhaltungsmaßnahmen ist auch daran gedacht, die Personalkreditformen auf eine gesündere Basis zu stellen mit Hilfe von einer Art Warenkredit.

*

In Ergänzung dieser Meldung erfahren wir noch, daß notfalls auch an die Einführung eines Beimahlungszwanges von Roggenmehl zu Weizenmehl gedacht ist.

Der Tag der Parteien.

Aussprache über die Kanzler-Erklärung. — Angriffe der Sozialdemokraten. — Doch Reichstagsauflösung.

— Berlin, den 2. April 1930.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung, der der Reichskanzler Brüning mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern beiwohnte, stand die Besprechung der Regierungserklärung, verbunden mit der Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensanträge. Kennzeichnend für den ersten Tag der Aussprache waren die leeren Bänke der Deutschnationalen.

In eingehenden Verhandlungen bereitete die deutschnationale Fraktion ihre Entscheidung vor, von der das Schicksal der Reichsregierung und das des Reichstags abhing. Es verlautete, daß die deutschnationale Fraktion fünf Fragen an den Kanzler gerichtet hatte. Sie wollte wissen, ob der deutsch-polnische Handelsvertrag abgelehnt wird, ob das Ostmoratorium für die Landwirtschaft gewährleistet sei, ob die Auslegung der Verträge gegenüber Tardieu durchgesetzt würde, die Baurate für das Panzerschiff B im Etat stehe und ob die Maßnahmen Severings gegen Frick rückgängig gemacht würden. Der Kanzler soll jedoch eine unbedingte Entscheidung gefordert und Vorverhandlungen sowie die Vertagung der Abstimmung abgelehnt haben.

Gegen Schluß der Sitzung verlautete von einer Probeabstimmung der deutschnationalen Fraktion, bei der bei acht Enthaltungen 37 Stimmen für das Mißtrauensvotum und 18 dagegen abgegeben worden sein sollen.

Unter dem Eindruck dieser Verlautbarung machte man sich in Regierungskreisen wieder auf die Annahme der Mißtrauensanträge und damit auf die Auflösung des Reichstags gefaßt.

Kommt es zur Auflösung, dann will der Reichskanzler eine Erklärung abgeben, daß der Artikel 48 nur auf verfassungsmäßiger Grundlage angewendet werden und bei allen Verordnungen die verfassungsmäßige Zulässigkeit vorher geprüft werden wird.

*

Der sozialdemokratische Angriff.

Eröffnet wurde die Aussprache durch den Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), der zunächst für seine Fraktion Reichskanzler Müller den Dank für die Reichspolitik des letzten Jahres aussprach und dann die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Großen Koalition schilderte. Redner fuhr fort:

Die Sozialdemokratie wird immer bereit sein, die Mitverantwortung zu übernehmen. In der Sozialpolitik gibt es aber Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Die schnelle Neubildung der Regierung war nur möglich, weil schon zu Lebzeiten des alten Kabinetts Vorbereitungen für das neue durch Intrigen und auf Hintertreppen getroffen wurden, wenn wir auch nicht glauben, daß Dr. Brüning daran beteiligt war. Der Verfassung ist bei der Regierungsbildung eine Auslegung gegeben worden, die nach unserer Auffassung ihrem Sinn und Wortlaut nicht entspricht. Die Reichsregierung kann nur die Arbeit des gestürzten Kabinetts fortsetzen oder die gesamte Wirtschaft einem Agitationsprogramm zuliebe in eine unentrinnbare Krise stürzen. Die Durchsetzung des Landbundprogramms würde die Reichsfinanzen vollends ruinieren.

Zum Schluß richtete Abg. Dr. Breitscheid eine scharfe Kampfansage gegen das Kabinett Brüning: Darin hieß es:

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind zweifellos nicht so gefährdet und gestört, daß eine Anwendung des Artikels 48 in Frage kommen kann. Was Brüning beabsichtigt, ist glatter Verfassungsbruch. Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen. Was man hier tun will, ist der Anfang der Diktatur. Wir sprechen der Regierung das Mißtrauen aus, wir sind bereit zum Kampf und scheuen die Neuwahl nicht.

Erklärungen der Regierungsparteien.

Abg. **Eiser** (Ztr.) gab eine Erklärung ab, in der er die in der Regierungserklärung enthaltenen Grundsätze billigt und die beabsichtigten Maßnahmen begrüßt. Seine Partei erwarte die Lösung im vollen Einverständnis mit dem Reichskanzler auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung. Das Zentrum habe sich bis zum letzten Augenblick bemüht, die positive Zusammenarbeit in der Großen Koalition zu erhalten. Sie bedauere, daß die politische Bedeutung ihres Ausgleichsvorschlages für die Arbeitslosenversicherung nicht allseitig und rechtzeitig erkannt worden ist. Zum Schluß setzte sich Redner mit den Ausführungen Dr. Breitscheids auseinander, wobei er betonte, wenn die Sozialdemokratie Wert darauf lege, wieder in die Koalition einzutreten, hätte Dr. Breitscheid eine solche Erklärung nicht abgeben sollen.

Abg. Dr. **Scholz** (D. Vp.) begrüßte in erster Linie die Erklärung der Regierung, daß die Außenpolitik in den bisherigen bewährten Bahnen fortgeführt werden solle. Dies werde dadurch gewährleistet, daß ihre Führung in den gleichen Händen geblieben ist. Die Deutsche Volkspartei billige die Vorlegung eines umfassenden Sanierungsprogramms und das Bekenntnis zur rücksichtslosen Sparsamkeit, die auf allen Gebieten, auch bei der Arbeitslosenversicherung, angewandt werden müsse. Die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft werde das beste Fundament der Sozialgesetzgebung und ihrer Weiterentwickelung bilden müssen. Die Deutsche Volkspartei werde auch an allen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft bereitwilligst mitwirken. In der Fürsorge für den Osten sehe sie eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben.

Abg. **Pieck** (Komm.) sagte dem Kabinett Brüning schärfsten Kampf an und übte dann an dem Regierungsprogramm Kritik.

Abg. **Drewitz** (Wirtschp.) gab eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir erwarten, daß Professor Bredt die Unterstützung der übrigen Kabinettsmitglieder finden wird bei dem Bestreben, demjenigen Teile des Volkes schützend zur Seite zu stehen, der augenblicklich am meisten bedrängt ist. Wir werden unsere künftige Stellung zur Regierung davon abhängig machen, ob das Kabinett mit dem erforderlichen Ernst und Nachdruck an die Ausgabensenkung herangeht und die Deckungsvorlagen den vom Reichspräsidenten gegebenen Richtlinien voll anpaßt.

Abg. **Meyer-Berlin** (Dem.) wies in einer Erklärung darauf hin, daß die Einigung an den Sozialdemokraten gescheitert sei. Dem neuen Kabinett stehen wir mit Bedenken und Sorgen gegenüber. Wenn wir sie in diesem Augenblick zurückstellen, so geschieht es, weil nichts unversucht bleiben darf zur Vermeidung einer Staatskrise. Die Demokraten werden deshalb der Aufnahme der Tätigkeit des neuen Kabinetts kein Hindernis in den Weg legen. Sie werden seine Handlungen abwarten und von Fall zu Fall ihre Haltung einrichten.

Abg. **Hülser** gab für die Volkskonservative Vereinigung und den Christlich-Sozialen Volksdienst eine Erklärung ab, in der es begrüßt wird, daß der Reichskanzler

---

Dr. Alfred Wiesenhütter. 324 S. Geheftet Mk.7,50, in Ganzleinwand gebunden Mk. 8,50. Furche-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7.

Wiesenhütters Buch unternimmt es zum ersten Mal, das Wort, das die deutsche Seele in der Zeit von Luther bis Zinzendorf und Oetinger zur Passion Christi gesprochen hat, der Vergessenheit zu entreißen und die alten Prediger mit ihren eigenen Worten zu dem Geschlecht unserer Tage sprechen zu lassen. Das Grübeln und Sinnen, die Demut und der Glaube dieser Männer haben eine heilige Spur hinterlassen, die wir wieder aufnehmen dürfen. In ihrem demütigen Wort fließen die Lebenswasser ursprünglich und kraftvoll. Ihr Zeugnis tröstet und richtet auf und kann uns in der Verwirrung unserer Tage wieder die Verbindung mit dem ewigen Wort schenken. Professor D. Otto Schmitz-Münster nennt Wiesenhütters Werk einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Frömmigkeit, ein Erbauungsbuch im besten Sinne des Wortes mit einer überaus lebensvollen und gegenwartsnahen Darstellung.

Nur ein Wort Luthers sei hier angeführt über den Schächer am Kreuz:

„Laßt uns ja die Kunst von ihm lernen. Denn das steckt so in unserem Herzen. Ich kann diese Plage nicht überwinden. Immer will ich vor Gottes Angesicht kommen als ein Gerechter. Der Schächer kann die Kunst. Aber sie ist ihm gegeben, daß er ein Exempel sei der ganzen Welt, daß sie hier die Worte und das Exempel dazu habe, auf daß ihr im Sterben nicht denket: ich will zuvor fromm werden. Das ist die Natur in allen Menschen. Aber das ist Sünde, daß ich mir selbst helfen und dann kommen will und sprechen: Gott sei mir gnädig! Da ist die Passion Christi müßig. . . Ich kann's nicht los werden und du auch nicht. Ich wollte eine Faust und ein Bein drum geben, daß ich diese Kunst des Schächers lernte."

So reiht sich ein Wort an das andere von einigen Hunderten von Zeugen, denen das Geheimnis von Gethsemane und Golgatha die Kraftquellen für's Leben und der Trost im Sterben wurde. Dem Furche-Verlag wird es wieder mancher danken, diese Schätze weitergegeben zu haben.

D. A.

eine koalitionsmäßige Gebundenheit der neuen Regierung ausdrücklich abgelehnt habe.

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.) stellte in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler fest, daß die Fraktionen in ihrer Stellung gegenüber der Regierung und ihren Vorlagen nicht gebunden sind.

Abg. **Schlange** (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärte, das Kabinett Müller sei das Rekordministerium der Arbeitslosenzahl geworden. Das neue Kabinett könnte man als Reparationskabinett der Müllerschen Unterlassung bezeichnen. Die nächste Ernte ist das Schicksal der Landwirtschaft. Besonders begrüßen wir, daß zum ersten Mal entschlossen der Blick nach dem Osten gerichtet wird. Wir danken dem Reichspräsidenten, daß er, wie er bei Tannenberg den Osten rettete, auch jetzt den Blick der Nation auf den Hauptgefahrenpunkt der deutschen Zukunft gelenkt hat.

Abg. **Fehr** (Dt. Bauernp.) forderte die Ersetzung des Systems der Meistbegünstigung durch das der Gegenseitigkeit. Leider habe die Regierung die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft nur allgemein angedeutet. Trotzdem stelle sich seine Partei vorerst hinter das Kabinett.

Abg. **Alpers** (Dt.-Hann.) stimmte der Regierungserklärung zu und lehnte die Mißtrauensanträge ab. Notwendig sei die Durchführung der Reichsreform.

Abg. Dr. **Best** (Volksrechtp.) erwartete von der Regierung eine Reform der Aufwertungsgesetzgebung.

Danach vertagte der Reichstag die Weiterberatung auf Donnerstag.

*

Der Landbund für Schiele.

Ein Appell an die Landbund-Parlamentarier.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes spricht seinem Präsidenten, Minister Schiele, einmütig den Dank für sein mannhaftes Handeln aus, gelobt ihm die Unterstützung des Landbundes mit allen Mitteln in seinem schweren Kampfe für die Rettung der Landwirtschaft und erwartet demgemäß von allen parlamentarischen Vertretern des Landbundes eine Haltung, die dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zur Durchführung des Agrarprogramms bietet.

*

Ultimative Forderung der Deutschnationalen Volkspartei an Brüning.

— **Berlin**, 3. April. Wie der „Tag" mitteilt, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion dem Reichskanzler noch einmal eine Forderung vorgetragen, die im wesentlichen auf eine kurze **Vertagung der Entscheidung** über das Kabinett hinausläuft, damit die bisher vom Kabinett überhaupt **noch nicht endgültig geklärten Agrarfragen** weiter behandelt werden können. Wenn der Reichskanzler die Forderung der Deutschnat. Volkspartei ablehne, werde, worüber er inzwischen wohl schon im Klaren sei, **das Kabinett gestürzt.**

Wie steht's mit Thüringen?

Die Rede Frichs im Sportpalast.

— **Berlin**, 3. April. Im Mittelpunkt einer nationalsozialistischen Kundgebung am Mittwoch abend im Berliner Sportpalast stand eine Rede des thüringischen Staatsministers **Dr. Frick.** Er betonte, die sachlich ganz unbegründete Entziehung des Reichszuschusses für die thüringische Polizei sei ein **persönlicher Willkürbeschluß Severings,** der von der neuen Regierung selbstverständlich sofort wieder aufgehoben würde. **Der Schuß Severings habe der nationalsozialistischen Partei nur neue Anhänger zugeführt.** In der thüringischen Polizei seien tatsächlich unter der Regierung, der er angehöre, **keine Personalveränderungen** vorgenommen worden. Es sei des **deutschen Volkes unwürdig, Adolf Hitler, der vier Jahre Frontkämpfer für Deutschland gewesen wäre, die Staatszugehörigkeit vorzuenthalten.** Er werde alles tun, um dieses Unrecht an Hitler wieder gut zu machen. Die Nationalsozialisten seien in die thüringische Regierung eingetreten, um sich eine neue Machtposition zu verschaffen. Es wäre töricht, wenn man in Thüringen gegen die Reichsverfassung und die gegenwärtige politische geistige Führung in Berlin angehen würde. Als Minister sehe er seine Aufgabe in der Pflege des Widerstands-, Freiheits- und Wehrwillen. Der volkszerstörende **Marxismus** werde an sich selbst zugrunde gehen.

Am Schluß sprach Dr. Goebbels, der die Annahme des Youngplanes als den Gipfel verantwortungsloser Politik bezeichnete.

Schülertumulte in Berlin.

— **Berlin**, 3. April.

Schüler der 15. und 16. Gemeindeschule und der 31. und 32. Gemeindeschule in Berlin-Neukölln veranstalteten wegen angeblich „zu strenger Sparmaßnahmen" des Magistrats einen Schulstreik. Mit roten Fahnen marschierten sie unter Absingen kommunistischer Kampflieder durch die Straßen und versuchten dann in den Schulen Schülertumulte hervorzurufen, indem sie, unterstützt von älteren Kommunisten, die „arbeitswilligen" Schüler zum Verlassen der Schule aufforderten und Mütter und Kinder, die zur Schule wollten, daran hinderten. An mehreren Stellen verprügelten sie Kinder und deren Mütter.

Kommunisten und Reichswehr.

Drei Kommunisten in Neuruppin verhaftet.

Um die Mitte Januar dieses Jahres wurden über die Mauern der Kaserne des 2. Bataillons des Infanterieregiments 5 in Neuruppin kommunistische Zersetzungsschriften geworfen und dann an die Mannschaften verteilt. In den Schriften wurden die Soldaten aufgefordert, sich ihrer Offiziere zu entledigen und der Kommunistischen Partei beizutreten.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Leipzig wurden jetzt in Neuruppin drei Kommunisten, unter ihnen der Leiter der Neuruppiner Ortsgruppen der K. P. D. festgenommen. Auf die Festnahme folgte der Haftbefehl. Ferner ist ein Obergefreiter des Bataillons geständig, Beziehungen zu diesen Kommunisten unterhalten zu haben. Von seiner Verhaftung wurde, da Fluchtverdacht nicht besteht, vorläufig Abstand genommen.

Kein Einspruch des Staatsrats.

Zustimmung zu der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer.

— Berlin, 3. April.

Der preußische Staatsrat beschloß in namentlicher Abstimmung mit 38 gegen 29 Stimmen bei acht Enthaltungen, gegen die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer keinen Einspruch zu erheben.

Die Sozialdemokraten und die Wirtschaftspartei stimmten geschlossen gegen den Einspruch, die Kommunisten geschlossen dafür. Die anderen Fraktionen stimmten geteilt, wobei der größte Teil der Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) für den Einspruch stimmten.

Der Hauptausschuß des Staatsrats hatte die Einlegung des Einspruchs empfohlen.

Rundschau im Auslande.

‡ Wohl mit englischer Hilfe wurde in Poon eine „revolutionäre" indische Partei gegründet, die von Ghandi die Einstellung des Unabhängigkeitsfeldzuges und die Verbesserung der Lage der untersten Volksklassen fordern soll.

*

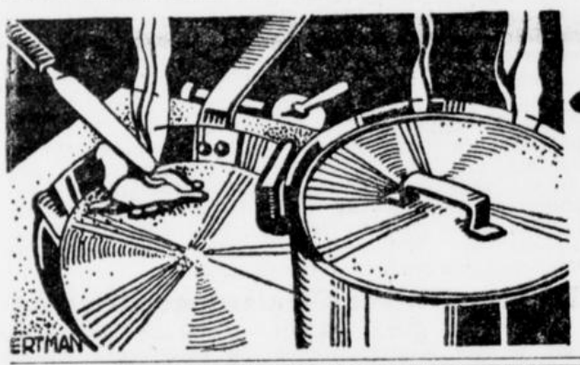
Unruhen in Kalkutta.

Fünf Tote.

‡ **In Kalkutta kam es zu ernsten Zusammenstößen zwischen Polizei und Hindus, in deren Verlauf fünf Hindus getötet und drei europäische Polizisten verletzt wurden. Gegenstand der Kundgebung war der Protest gegen die Inkraftsetzung einer Polizeiverordnung, die das Herausbringen von Büffeln während der heißen Stunden des Tages verbietet. Dabei versuchte die Menge, den Verkehr durch Umwerfen von Karren und Herbeischaffung von allen möglichen Hindernissen aufzuhalten. Obwohl diese Unruhen in Kalkutta in keiner Weise mit dem Unabhängigkeitsfeldzug Gandhis in Verbindung stehen, kann die Rückwirkung sehr ernst sein.**

Bethel.

— **Hühner einsperren!** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt an, nachdem mit der Bestellung der Gärten wieder begonnen ist, die Hühner eingesperrt gehalten werden müssen. Der Anstaltsvorstand.



Auf's Brot und für die gute Küche

Als Brotaufstrich wissen Sie *Fri-Ho-Di* schon zu schätzen, weil sie mit Rahm zubereitet wird. Machen Sie aber auch einen Versuch in der Küche: *Fri-Ho-Di* - Süßrahm - Margarine schäumt und bräunt vom Goldgelb bis zum Bratenbraun, — ohne zu spritzen!

Beim Einkauf von 1 Pfund Fri-Ho-Di erhalten Sie kostenlos eins der bei Jung und Alt beliebten Fri-Ho-Di - Unterhaltungsspiele

Fri-Ho-Di

Zurück

Dr. W. Strathmann
Facharzt
für Haut- und Harnleiden
Herforderstr. 2 (Jahnplatz)

Dr. Hildegard Strathmann-Herweg
Kinderärztin
Gartenstraße 4

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger direkter Passagierdampferdienst nach

CANADA

Auskunft
für Reisende und

Auswanderer

über Einreisebestimmungen, Fahrpläne u. Fahrpreise durch

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine sämtlichen in- und ausländischen Vertretungen

Bielefeld: Ferdinand Schmidt, Brüdersir. 7.

Evang. Frauenarbeits-Schule
mit Pensionat **Heiliggr. Str. 63**

Bamberg

A) Ausbildung im **Nähen, Schneidern, Handarbeit**
B) Gründliche **hauswirtschaftliche** Ausbildung
C) **Wissenschaftliche** Weiterbildung
D) Auf Wunsch: **Kaufmännische** Fächer, Musik, Sprachen

Aufbaukurs zur Ausbildung von **Hausbeamtinnen** (Haushaltspflegerinnen) mit **staatlicher Abschlußprüfung.** Dauer: 1 Jahr. Beginn: 1. Mai.
Näheres durch die Schulleitung.

Erholungsheim Markenhof

20 Minuten von Station Kirchzarten, Bez. Freiburg i. Br. im schönsten Teil des südlichen Schwarzwaldes still und geschützt gelegen, 22 Zimmer, 30 Betten, angenehmer Aufenthalt, gute Verpfl., schöner Park. Pension 4½-6½ Mk.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Eine auf dem Lande gelegene Anstalt sucht einen durchaus zuverlässigen, möglichst

ledigen Mann

zur Erledigung sämtlicher Installations- und Schlosserarbeiten (einschl. Elektr.) und Bedienung der Zentralheizung.
Angeb. mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen (freie Wohnung und Verpfleg.) und wenn möglich Bild unter „Installateur A 6390" an die Geschäftsstelle des Aufwärts erbeten.

Abiturienten

(auch der neunstufigen Realanstalten) finden Aufnahme im **Kirchlichen Auslandsseminar Ilsenburg (Harz)** für die Ausbildung zu Diasporapfarrern in Süd-Amerika. Aufnahmebedingungen durch den **Direktor.**

Stütze

ev., 28 J., in Küche und Haus erfahren, sucht Stelle, am liebsten Privatpension oder kl. Erholungsheim. Angebote unter A 6402 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche für meine Tochter für sofort oder später

Stelle als Haustochter

in gutem Hause, bei älterem, kinderl. Ehepaar. Schriftl. Angeb. unter A 6388 a. d. Gesch. d. Bl.

Junges Mädchen sucht

möbl. Zimmer

am liebsten mit Beköstigung, Nähe Dankort. Zu erfragen im Dankort.

Der schönste und modernste

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayrischen

Gebirgs-Hängenelken

Versand überallhin. Illustr. Preisliste gratis und franko.
A. Gnadl, Versandgärtnerei
Trudering 461 (Oberb.)

Zimmer,

möbliert, zu vermieten.
W. Knufinke, Grenzweg 19.

Borgstedt & Lüpke
BIELEFELD



Blitzblau

STRICHÄTZUNGEN, AUTOTYPIEN, RETUSCHEN, ZEICHNUNGEN!
OFFSETPLATTEN

Erstklassige Ostfriesische

Markenbutter

in 9 und 18 Pfund Postpaketen **gesalzen und ungesalzen** liefert bis auf weiteres zu 170 p. Pfund franko jeder Poststation, bei größerem Bezug in 100- u. 50 Pfund-Tonnen Preis auf Anfrage
D. Kappernagel, Butterversand, **Stapelmoor** b. Weener a. Ems

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.